

Es reicht! Gesprächsabend zur aktuellen politischen Lage
Mittwoch, 25. Juli 2018, Fürth, St. Michael

Wir wollen eine Umkehr in der politischen Debatte und in der politischen Praxis. Wir fordern:

Engagement statt Gleichgültigkeit.

Viele wissen nichts über die Situation von geflüchteten Menschen oder die Gründe ihrer Flucht. Andere interessieren sich schlichtweg nicht dafür weil sie nicht selbst betroffen sind. Es gibt Probleme und Herausforderungen, die nur durch Hinsehen und gemeinsames Handeln gelöst und bewältigt werden können. Wir rufen dazu auf, das Interesse für unsere Mitmenschen nicht zu verlieren und Möglichkeiten zu nutzen, sich im Kleinen für das Große einzusetzen, zum Beispiel wenn es um die Bekämpfung von Fluchtursachen oder um die Integration der neu hier angekommenen Menschen geht.

Mut statt Frust.

Ehrenamtliche, die vor drei Jahren gelobt und geschätzt wurden, werden verdächtigt, als naiv oder als Gutmenschen denunziert. Ihr Engagement für einzelne Menschen wird frustriert, wenn falsche und unnötige Härte aus politischen Gründen demonstriert wird. Wir wollen wieder mehr Engagement, mehr Anerkennung, mehr Wertschätzung in Worten und Taten.

Barmherzigkeit statt Hartherzigkeit.

Die Not von Flüchtlingen und Migranten soll nicht mehr wahrgenommen werden, Anteilnahme ist verpönt. Als stark gilt, wer hart ist. Wir wollen, dass Würde, Humanität und Anteilnahme, dass Suche nach Lösungen und nach Hilfe wieder im Mittelpunkt stehen.

Empathie statt Gnadenlosigkeit. Menschenwürdige statt menschenfeindliche Sprache. Politik für Menschen statt Politik auf Kosten von Menschen

Dass Menschen im Mittelmeer ertrinken, wird als Maßnahme der Abschreckung hingenommen oder gar befürwortet. Dieser Gnadenlosigkeit entspricht eine sprachliche Verrohung. Politischen Gewinn verspricht man sich durch Verunglimpfung von Menschen. Wir wollen, dass wir uns von der Not der Menschen wieder berühren lassen, dass gemeinsam darüber geredet wird, was für die Menschen hier, für die Menschen auf der Flucht und für die Menschen in den Herkunftsländern getan werden kann. Politischer Gewinn muss darauf beruhen, wer die besten Ideen für die Menschen präsentiert.

Ausbildung statt Abschiebung, Integration statt Exklusion

Geflüchtete lernen die Sprache, sind begabt und motiviert, suchen und finden einen Ausbildungsplatz, sind auf dem besten Weg der Integration. Aber ihnen wird die Erlaubnis zu Arbeit und Ausbildung entzogen oder gar nicht erst erteilt. In vielen Fällen droht die Abschiebung. Wir wollen, dass die 3+2 Regel großzügig ausgeschöpft wird und engagierte Betriebe dringend benötigte Fachkräfte ausbilden können. Wir fordern die Politik und die verantwortlichen Behörden auf allen Ebenen auf, den gegebenen Ermessensspielraum bei der Vergabe der Ausbildungserlaubnisse und Ausbildungsduldungen zugunsten der Geflüchteten zu nutzen.

Ehrlichkeit statt Kriminalisierung

Die Einreise Geflüchteter wird pauschal als „illegal“ bezeichnet, Geflüchtete damit kriminalisiert. Verschwiegen wird, dass die Genfer Flüchtlingskonvention unter bestimmten Bedingungen Straffreiheit zusichert. Wir wollen, dass die Schutzaspekte des Rechts wieder deutlich gemacht werden. Wir wollen, dass Stigmatisierung von Menschen durch die pauschale Verwendung von negativen Worten („illegal“) beendet wird und rufen auch die Medien hier zu größerer Bewusstheit auf. Zur Ehrlichkeit gehört auch: Wer das Flüchtlingsdrama national lösen will, tut das auf Kosten der Humanität.

Echte Probleme statt Angstmacherei.

Angstmacherei und das Verstärken von Ressentiments helfen nicht, Probleme zu benennen und zu lösen. Wir wollen, dass die Herausforderungen der Integration, die Probleme der Fluchtursachen und Fluchtwege konstruktiv unter Wahrung des Respekts voneinander und auf der Basis der Menschenwürde aller diskutiert werden können.

„Es reicht!“ statt „Das Boot ist voll“.

Rechte und populistische Kräfte schüren Angst, dass der Wohlstand unseres Landes durch Geflüchtete zutiefst bedroht sei. Dabei wächst die deutsche Wirtschaft und die Arbeitslosenzahlen sinken. Im Vergleich zu vielen anderen Ländern und zu anderen Zeiten der deutschen Geschichte leben wir in großem Wohlstand. Wir wollen miteinander sehen, wie reich dieses Land ist, über wie viele Ressourcen und gut funktionierende Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssysteme wir verfügen. Aus christlicher Sicht gehört die „vorrangige Option für die Benachteiligten“ zu den wichtigen ethischen Maßstäben. Darum: Wir wollen unseren Reichtum zum Wohl der Menschen gebrauchen. Denn „es reicht“ - auch für andere und gerade für diejenigen, die bedürftig sind.

Christlich statt national, Weltbürger statt Reichsbürger

Als Kirche müssen wir eine deutlich christliche Haltung einnehmen statt einer nationalen. Wir leben aus einem Geist, der allen Menschen gleiche Rechte zuspricht. Beim Gründungsereignis der christlichen Kirche in der Apostelgeschichte geht es um Verständigung von Menschen unterschiedlichster Herkunft. Das Pfingstereignis symbolisiert die Universalität des christlichen Menschenbildes. Kreuzdebatte und Inanspruchnahme des „christlichen Abendlandes“ durch politisch rechte Gruppen und Parteien müssen wir widersprechen. Wir haben kein Copyright auf unsere Botschaft und Symbole - jedoch wird die Kirche geistlos, wenn sie hier schweigt. Kirche ist wesentlich universal, offen für alle Menschen und tolerant gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen. Unsere eigene Schuldgeschichte verpflichtet uns, das deutlich zu sagen. Wir wollen die weltweite Dimension der Kirche leben.

Flexibilität statt Bürokratie

Genehmigungen von Arbeitserlaubnissen durch die Ausländerbehörde dauern 2-3 Wochen. Einige Arbeitsstellen sind in dieser Zeit bereits anderweitig vergeben. Zeugnisanerkennungen dauern zu lange und sind teilweise erschwert durch zu unflexible Regelungen (1. Original

notwendig, beglaubigte Kopien reichen nicht). Wir wollen, dass hier flexibler und zügiger gehandelt werden kann.

Ressourcen nutzen statt Erfahrungen abwerten

Geflüchtete bringen viele Kompetenzen mit, die Ausbildungen werden aber oft nicht anerkannt, eine neue müsste absolviert werden. Wir wollen, dass ein flexibleres Weiterbildungs- und Teilqualifizierungssystem geschaffen wird, so dass Geflüchtete mit entsprechenden Kompetenzen auch ohne eine neue Ausbildung in Arbeit kommen können.

Kennenlernen statt Vorurteile

Fehlendes interkulturelles Wissen verhindert immer wieder Lösungen. Interkulturelles Wissen sollte häufiger vermittelt werden, z.B. für Kollegen, Vorgesetzte, Mitarbeiter von öffentlichen Einrichtungen und jeden anderen Interessierten.

Aufklärung statt Ängstlichkeit

U.a. bei Arbeitgebern treffen wir auf Ängste und Zweifel bezüglich der Anstellung Geflüchteter. Wir wollen, dass Arbeitgeber fundierte Informationen z.B. über Einstellungsbedingungen oder ausländische Bildungsabschlüsse (gerade im Akademikerbereich) bekommen.

Jörg Sichelstiel, Dekan, Evang.-luth. Dekanat Fürth

André Hermany, Dekan, Erzbischöfliches Dekanat Fürth

Lisa Miller, Ehrenamtskoordinatorin Flüchtlingsarbeit, Evang. Dekanat

Andrea Naumann, Kirchliche Beschäftigungsinitiative Fürth

Kuno Hauck, Pfarrer, Beauftragter für Migration und Kirchenasyl im Evang. Dekanat

Stefanie Schardien, Pfarrerin in St. Michael

Hans-Ulrich Pschierer, Pfarrer in St. Michael